

# Pulsnitzer Wochenblatt

Pressdruck 18. Tel.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz  
Postfachkonto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



**Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besorgungseinrichtungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — 1/2 monatlich M 250 000 bei freier Zustellung; bei Abholung 1/2 monatlich M 245 000; durch die Post monatlich M — freibleibend.

Die sechs mal gespa. t. Beitzteile (Moffe's Beitzmesser 14) M 100 000, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M 80 000. Amtliche Zeile M 300 000 u. M 240 000. Reklame M 250 000 bei sofortiger Zahlung. Tabellarischer Satz 25 %, Aufschlag. Bei späterer Zahlung müssen wir uns Umrechnung in den jeweiligen Tagespreis vorbehalten. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preiszuschlag in Anrechnung. —

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Das Blatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großröhrsdorf, Breinig, Hauswalde, Ohorn, Oberstein, Niederstein, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friebersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Sichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365.

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 101.

Sonnabend, den 25. August 1923.

75. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Für den Bezirk der Stadt Pulsnitz gelten vom 26. August 1923 ab folgende Höchstpreise für den Kleinhandel mit Milch und Milch-erzeugnissen:

- Für den Kleinverkauf von Milch durch den Milchhändler:  
Vollmilch 90000 M je Liter
- Für den Kleinverkauf von Milch durch die Erzeuger unmittelbar an den Verbraucher ab Gehöft:  
a) Vollmilch 79000 M je Liter  
b) Mager- und Buttermilch 39500 " " "

Im Uebrigen gelten die von der Amtshauptmannschaft Kamenz für den Bezirksverband Kamenz erlassenen Bestimmungen.

Pulsnitz, am 25. August 1923.

Der Stadtrat.

Die für Sonntag, den 26. August angelegten Beisitzermahlen für das Gewerbegericht fallen aus, da in jedem Wahlbezirk nur je ein Wahlvorschlag eingereicht worden ist.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 25. August 1923.

## Ankündigungen aller Art

sind im „Pulsnitzer Wochenblatt“ von denkbar bestem Erfolg.

## Das Wichtigste.

Die Syndikalkisten des Rheinlandes sind zu den Vortzen-Verträgen übergegangen.

Die italienische Presse lehnt die Antwort Poincarés ab; die Ruhrbesetzung wird als eine Kriegsmaßnahme außerhalb des Versailler Vertrages gekennzeichnet.

„Textilwoche“ ist der Multiplikator im Textilhandel mit Wirkung vom 23. August auf 55 000 festgesetzt worden.

Die in der letzten Mitteilung über die sächsischen Indeziffern veröffentlichte „Bunntzahl“ 26 706,46 gilt für den 20. August (nicht für den 13. August).

Die Zeichnungen auf die werbeständige Anleihe des Reiches laufen in befriedigender Weise ein. Namentlich in den letzten Tagen sei das Ergebnis als besonders günstig zu bezeichnen.

Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth ist in Moskau eingetroffen.

Die deutsche Industrie hat für den Devisenfonds des Reiches 200 Millionen Goldmark übernommen.

Die neue Note Poincarés begegnet in der englischen Presse fast einhelliger Ablehnung.

In der vorgestrigen Sitzung des Reichstags Haushaltsausschusses entwickelte Reichsfinanzminister Dr. Hilferding das Finanzprogramm der Regierung. (Vergleiche Vortragsartikel).

Der Reichskanzler hat gestern eine große politische Rede über das Reparationsproblem gehalten und eine Antwort auf Poincarés Erklärungen abgegeben.

In den Reichs- und Staatsbetrieben werden die werbeständigen Löhne erst vom 1. Oktober ab eingeführt.

Die Großhandels-Indeziffer ist vergangene Woche um 68 Prozent gestiegen.

In Amerika wird voraussichtlich am 1. September ein allgemeiner Bergarbeiterstreik ausbrechen.

Gestern stellte sich Dr. Stresemann dem Reichsrat vor. Er erklärte, daß es gerade in der gegenwärtigen Lage darauf ankomme, daß nach außen hin das ganze Reich eine Einheit bilde zur Abwehr der wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Schwierigkeiten.

Die Stadt Swinemünde erklärte sich für zahlungsunfähig.

Die württembergischen Verträge beschloffen die Staatsregierung um die sofortige Gewährung eines möglichst zinslosen Kredites von 40 Milliarden Mark zu bitten.

Die verwerfliche Lage im Zeitungswesen hat den Verein Deutscher Zeitungsetzler veranlaßt, zum 29. August eine außerordentliche Hauptversammlung nach Eisenach einzuberufen.

Der japanische Premierminister Kato ist gestorben.

Am Mittwoch um die Mittagszeit hat der Bliß in das piemontesische Fort Saarre la garde eingeschlagen und das Pulverlager in die Luft gesprengt. Die gewaltige Explosion wurde im ganzen Südsatall vernommen. Es wurden vier Personen getötet und vier schwer verletzt.

## Der Reichskanzler vor dem Reichsrat.

Appell an die Einigkeit.

Berlin, 24. August. Der Reichsrat hielt heute nachmittags eine öffentliche Vollversammlung ab. Reichskanzler Dr. Stresemann stellte sich dem Reichsrat vor und führte dabei aus:

„Meine Herren! Sie kennen die Lage, in der das Kabinett zur Führung der Geschäfte berufen wurde und diese Lage ist eine sehr schwierige außenpolitisch und sie ist eine sehr schwierige auf innerpolitischem Gebiete. Beides ist miteinander sehr eng verbunden und ich möchte sagen, daß kaum je die Führung der Außenpolitik so abhängig gewesen ist von einem einheitlichen Zusammenwirken aller Faktoren im Inneren, wie gerade gegenwärtig. Man schaut heute auf das Deutsche Reich, um zu sehen, ob es trotz aller Hindernisse noch die Kraft, den Mut, die Besonnenheit und auch die Einheit aufbringt, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, die jetzt auf uns einströmen.“

Dabei ist vor allem notwendig, daß in dieser Situation Reich und Länder eine Einheitlichkeit in ihrem Zusammenwirken bilden. Ich habe in der ersten Regierungserklärung im Reichstage gesprochen von dem Eigenleben der Länder, ich habe gesprochen, daß dies der Eigenart des deutschen Volkes entspreche, daß man sich eingliedern müsse in das Ganze des Reiches. Das war keine Augenblicksempfindung, das war eine Erklärung, die in ihrem Wortlaut getragen war von dem gesamten Kabinett und wenn in letzter Zeit davon gesprochen worden ist, daß ganz spezielle zentralistische Tendenzen der neuen Reichsregierung eigen wären, so darf ich darauf hinweisen, daß der Reichsminister des Innern, dem ja in erster Linie das Verhältnis des Reiches zu den Ländern zu wahren obliegt, seinerseits in voller Uebereinstimmung mit der Haltung, die wir alle einnehmen, davon gesprochen hat, daß ihm von derartigen Bestimmungen nichts bekannt sei. Es kommt gerade in dieser Situation darauf an und eigentlich wird das der Fall sein, in den ereignis- und entscheidungsvollen Wochen, in denen wir stehen, daß nach außen hin das Reich eine Einheit bildet zur Abwehrung der finanziellen, politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Ich bitte um Ihr Vertrauen bei der Führung der Geschäfte, ich bitte um Ihre Mitarbeit und auch um Ihre Kritik. Ich bitte um Ihre Kollegialität. Ich bitte Sie, im parlamentarischen Kabinett auf alle Erfahrungen aufmerksam zu machen, die es sich selbst vielleicht noch in seiner Arbeit für den Staat erwerben muß. In diesem Sinne darf ich Sie begrüßen und in diesem Sinne um Ihre Mitarbeit und um Ihr Vertrauen bitten.“

Im Namen des Reichsrates dankte dem Kanzler der preussische Staatssekretär Weismann. Der Reichsrat habe nicht verkannt und verkenne nicht den ungeheuren Ernst der Lage des Deutschen Reiches. Er erkenne auch durchaus die Schwierigkeiten, den Opfermut und die hohe Verantwortung, die der Kanzler übernommen und bewiesen hat, als er sich entschloß, an die Spitze der Regierung gerade in diesem Augenblick zu treten. Er dürfe überzeugt sein, daß der Reichsrat mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, die Pläne der Reichsregierung unterstützen werde, die darauf hinauslaufen, daß das Deutsche Reich aus dieser verzweiflungsvollen Lage und diesen jammervollen Zuständen, in denen es sich augenblicklich befindet, heraus zu bringen. Der Reichsrat nahm mit Dank davon Kenntnis, daß die Reichsregierung nicht daran denkt, zentralistische Ideen zu fördern und das Eigenleben der Länder zu stören. Die Länder seien genau so gut davon durchdrungen, daß, wie das Reich der Länder zur Mitwirkung bedarf, um zu einem Ziele zu gelangen, das sich der Mühe lohnt, daß für ihr Eigenleben, für ihr Gedeihen ein enges Anschließen an das Reich unbedingt notwendig ist. Das Reich schmiede das Reich zusammen und jeder, der es wage, an der Geschlossenheit zu zweifeln, werde auf Granit stoßen. Nach Dankesworten des Kanzlers trat der Reichsrat in die Erledigung seiner Tagesordnung über. Er genehmigte zunächst die Richtlinien über die Verteilung der Beihilfe zur Besserung der kulturellen Notstände. Weiter wurde die Fortführung der öffentlichen Brotversorgung bis zum 15. Oktober und die Erhöhung der Abzüge von der Lohnsteuer auf das 15fache genehmigt.

Berlin, 25. August. Aus dem jetzt vorliegenden Wortlaut der Rede, die der Reichskanzler gestern vor dem Industrie- und Handelstag gehalten hat, ergibt sich, daß verschiedene wichtige Ausführungen in den bisher ausgefertigten Berichten nicht enthalten sind. Der Kanzler begann mit der Versicherung, daß wir uns klar darüber sein müssen, daß ohne einen starken Glauben an die deutsche Zukunft die Dinge nicht zu meistern sind, vor denen wir stehen und daß man diesen Glauben an die Zukunft nicht bestreiten kann in irgend einer Vethargie, in irgend einem Gehenlassen, sondern nur in der Energie und dem Mut, die Dinge zu meistern, und die damit die Voraussetzung schaffen, daß sie überhaupt zu meistern sind. Er rechtfertigte die Notwendigkeit der Notverordnung zur Schaffung eines Devisenfonds. Es handele sich jetzt nicht darum, die Weltanschauungskämpfe des deutschen Volkes auszutümpfen, sondern darum, daß jedermann seine Pflicht tun muß, um den Staat als solchen zu retten. Darüber, wie wir den Staat einrichten nach politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, darüber mögen wir uns den Kopf zerbrechen, wenn wir wieder normale Zeiten haben. Wir dürfen nur erfolgreich sein, wenn wir praktische

Arbeit leisten, die uns vorwärts bringt. Der Staat muß bestehen bleiben. Die Notverordnung über den Devisenfonds ist natürlich nicht das einzige Mittel der Regierung, durch das sie glaubt, die Dinge besser zu können. Sie wird neben der Mark werbeständige Goldzahlungsmittel schaffen, Goldkonten bei der Reichsbank einrichten und werbeständige Kredite schaffen müssen, die die Notwendigkeit einer aktiven Handelsbilanz bedingen. Ferner in der nächsten Zeit eine Beschränkung des Imports, auf das, was wirklich lebensnotwendig ist. Demgegenüber soll eine Förderung der Ausfuhr treten. Auf der einen Seite dürften wir werbeständige Löhne und Gehälter haben müssen, aber nicht auf der Grundlage des reichen Deutschlands des Friedens, sondern auf der des schwer um seine Existenz ringenden Deutschlands der Gegenwart, daß neben der eigenen Balancierung noch unenbliche Verpflichtungen gegenüber dem Auslande auf sich genommen hat. Wir werden, so fuhr der Kanzler fort, auch nicht auf der Beräumung und der Verelendung herauskommen, wenn wir nicht zu ordentlichen inneren Verhältnissen kommen. In der Beziehung, glaube ich, wird es notwendig sein, daß alle Parteimeinungen und alle Dogmen erschlossen über Bord geworfen werden. Wir haben kein Recht, auf die Unterfützung der Welt zu hoffen, wenn wir der Welt nicht beweisen, daß wir selbst an uns glauben und daß wir in der Lage sind, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Dazu ist es auch notwendig, daß die Erschütterungen aufhören, die in den Beziehungen der Völker zueinander bestehen. 4 Jahre sind vergangen seit dem Friedensschluß und doch liegt wir immer noch im Kampf um den Frieden. Ueber uns schwebt noch immer das Damoklesschwert der endgültigen Festsetzung unserer Verpflichtungen. Man hat uns dafür verantwortlich gemacht, daß eine Lösung unserer Verpflichtungen noch nicht gefunden werden konnte und erklärt, die deutschen Regierungen hätten den Verfall absichtlich herbeigeführt und übernommenen Verpflichtungen sich absichtlich entzogen. Dr. Stresemann wies diese Vorwürfe scharf zurück. Er beleuchtete unsere traurigen Verhältnisse und die daraus entstehenden Folgen namentlich auch für das geistige Deutschland. Mit seiner Verelendung hätten wir den Krieg unendlich schwer bezahlt. Die Ruinen Frankreichs würden sich eher wieder aufbauen lassen, als das, was hier versunken ist. Wenn die jetzigen ernstlichen Versuche, unsere Verhältnisse im Innern zu konsolidieren, zu greifbaren Erfolgen führen sollen, dann müßten sie aufgebaut sein auf einen Zustand, der die Souveränität des Reiches in sich birgt und der über die ganzen wirtschaftlichen Kräfte des Landes verfügen kann. Dieser Zustand sei heute nicht gegeben. Die Besetzung des Ruhrgebietes habe die schwersten Erschütterungen mit sich gebracht, die überhaupt über unser Land kommen konnten. Man kann die Frage aufwerfen, ob der Begriff Staat überhaupt auf das deutsche Reich noch zutrifft. Zu den Voraussetzungen des Begriffes Staat gehört doch mindestens der Begriff sichere Grenzen. Wo sind aber die sicheren Grenzen des heutigen Deutschlands? Zu dem Begriff Staat gehört ferner die Souveränität, gehört ferner ein Beamtentum, das den Anweisungen dieses Staates folgt. Heute werden viele Kreise unseres Beamtentums daran gefindert, den Anweisungen unseres Staates zu folgen und sie würden bestraft, wenn sie es tun. Unsere Souveränität sei weit über das Maß der Dinge hinaus eingeschränkt, das der Friedensvertrag uns auferlegt. Die Schlagader unseres Wirtschaftslebens sei leblos und dadurch eine Finanz- und Wirtschaftszerrüttung herbeigeführt. Der Kanzler legte dann eingehend dar, was Deutschland bereits an Reparationen geleistet hätte. Die deutsche Regierung beziffert unsere gesamten Leistungen auf Grund sorgfältigster und eingehender Untersuchungen auf über 42 Milliarden Goldmark. Die Sachlieferungen haben im Jahre 1922 allein 700 Millionen Goldmark betragen. Soll man sich doch darüber klar sein, daß es auch vom Standpunkt der Alliierten aus schädlich ist, durch eine Politik, die Deutschland so abschwächt, daß es nicht mehr bestehen kann, Verhältnisse herbeizuführen, die weit über die deutschen Grenzen hinaus auch andere Länder nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und sozial in der verhängnisvollsten Weise würde beeinflussen können. Der Kanzler ging darauf auf die Angebote der Cuno-Regierung ein und betonte, wie bereits mitgeteilt, daß die jetzige Regierung an diesen Angeboten festhält. Der Weg der Verständigung dürfte aber keinesfalls über die Differenzierung zwischen Rheinland und Ruhr einerseits und andererseits über das Deutsche Reich gehen. Die Rheinlandfrage sei keine Frage von Kompromissen, sie sei eine Lebens- und Herzensfrage des Deutschen Reiches. Es kann in Deutschland nur eine Lösung geben: den freien deutschen Rhein! in unserem eigenen Deutschland! Das möge man in der Welt hören. Das möge man in der Welt auch